



Ist die GEZ noch zeitgemäß?

Nach TV- und Radiogebühren folgt 2007 die volle Gebühr für den Internet-PC. Dann auch Mobiltelefone. Was kommt noch?



Atomstreit oder
Problembär: Was die
Nachrichten in
Deutschland berichten



ADG heißt jetzt AGG:
Ein bürokratisches
Monster, ein Papierkrieg
gegen Diskriminierung



Geldregen: Welche
Parteien erhielten
Großspenden und wer
sind die Spender?

Die Debatte um den Kanzleretat

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

vier Jahre rot-schwarz sind wie sieben Jahre rot-grün, die Wahrnehmung wird Erkenntnis. Beispiel Haushaltswochen: Höhepunkt der Haushaltsdebatte ist der „Einzelplan 04“, der Etat des Bundeskanzleramtes. Im Plenum traditionell die „Elefantenrunde“, also die Gelegenheit für die Kanzlerin, die Grundzüge ihrer Politik darzulegen, und für die Opposition, ihre grundlegende Einschätzung dieser Politik zu liefern. Oft ist dies die Stunde der Offenbarung, oft auch die Stunde der Abrechnung. Die Debatte am 6. September war jedoch eine Enttäuschung.

Da war die Kanzlerin. Sie wählt eine hohe Einflugschneise, spricht über Tage, die die Welt veränderten. Vom 9.11. und vom 11.9. und davon, dass all dies nichts an der Grundausrichtung der deutschen Außenpolitik ändern könne. Da sei die besondere Verantwortung aus der Geschichte. Man ahnt das Ziel, aber die Kanzlerin lässt noch eine Weile warten, bevor sie endlich zum Libanon-Einsatz der Bundeswehr kommt. Als sie damit fertig ist, sind 20 Minuten der Rede um, dass

nur noch weitere 15 folgen, ist angesichts der bis dahin unangesprochenen innenpolitischen Probleme nicht zu erwarten. Es folgt ein wahrer Schweinsgalopp von Gesundheits- und Steuerreform über Beschäftigung, Ausbildung bis hin zu Elterngeld und der Bedeutung von Innovation und Integration. Es ist gerade Zeit, alle Probleme anzusprechen und dabei belässt die Kanzlerin es auch. Keine Lösungen, kein Mut und kein Reformeifer. Ein weiterer Mosaikstein im enttäuschenden Bild des einstigen Wunschpartners der FDP.

Dass in einer Koalition Kompromisse gemacht werden und dass die Union diese Koalition nicht als Liebesheirat einging, mag richtig sein. Dass man sich aber so weit von seinem eigenen Ich entfernt, ist keine zwingende Folge. Es ist Ausdruck fehlender Mutes, fehlender Visionen und fehlenden Willens. Das derzeitige Erscheinungsbild und das Regierungshandeln nützt zwar der FDP, schadet aber dem Land und ist deshalb kein Grund zur (Schaden-)freude. „Jedes weitere Jahr Rot-Grün ist ein verlorenes Jahr für Deutsch-



land.“ Mit diesem Satz haben wir rot-grüne Reformunfähigkeit kritisiert. Angesichts der „Reformleistungen“ der Regierung Merkel muss man sagen: Auch jedes Jahr Rot-Schwarz ist für Deutschland verlorene Zeit!

Für mich verstärkt sich der Eindruck, dass vier Jahre rot-schwarz für Deutschland mindestens genauso wirken, wie sieben Jahre rot-grün. Deshalb braucht das Land Neuwahlen, je eher, desto besser. Wir müssen unsere FDP bis dahin auf Kurs halten, an unserem Profil arbeiten und uns als echte Alternative und Reformpartei weiter etablieren. Wir werden Erfolg haben, wenn uns die Menschen vertrauen und wir die Reformen in Angriff nehmen, die nötig sind, um unser Land zukunftsfähig zu machen und seinen Menschen eine Perspektive zu bieten. Das gilt für den Bund – und das gilt für Thüringen.


Uwe Barth MdB
FDP-Landesvorsitzender

Frauenpower

Die Liberalen Frauen Thüringen

Immer stärker macht der Landesverband Thüringen der Liberalen Frauen e.V. auf sich aufmerksam. Seit 2004 die Erfurterin Gisela Sparmberg zur Vorsitzenden gewählt wurde, meldet sich der Verband in den Gremien der Landespartei deutlich zu Wort. In den Fachausschüssen, auf dem Parteitag oder im Parteirat weisen Frau Sparmberg und ihre Mitstreiterinnen auf eigene Konzepte hin. Dabei melden sie sich bewusst auch bei Themen zu Wort, die nicht unbedingt zu den typischen „Frauenthemen“ gehören.

Im Fokus der Liberalen Frauen steht das Anliegen, Gesellschaftspolitik so zu gestalten, dass die spezifischen Ausgangsbedingungen beider Geschlechter berücksichtigt und Frauen wie Männern gleiche Chancen eröffnet werden. Dieses Ziel wird allerdings

nicht in langwierigen Sitzungen besprochen. Mit konkreten Aktivitäten versucht die Landesvorsitzende, Mitglieder an den Verband zu binden. So organisierte sie gemeinsam mit dem FDP-Europaabgeordneten Holger Kraher eine Fahrt nach Antwerpen und zum Europäischen Parlament in Brüssel, selbstverständlich auch mit männlicher Begleitung. „Wir verbinden Politik, Verbandsarbeit und Freizeit miteinander. Der Erfolg ist greifbar: Die Mitgliederzahlen der Liberalen Frauen Thüringen wachsen beständig“, so Sparmberg.

Bei allen Aktivitäten ist der politische Anspruch hoch. Im Parteirat setzte der Verband einen Beschluss durch, der die Berücksichtigung von Frauen bei Personalwahlen in der FDP stärken soll. Auch innerhalb des

Thüringer Landesfrauenrates und beim Bundesverband der Liberalen Frauen zeigt Sparmberg Flagge.

Als nächste Ziele wollen die Liberalen Frauen die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie anderen Frauenverbänden, wie dem BPW Club Erfurt e.V. vertiefen, die Mitgliedschaft verbreitern, im Internet präsent sein und Frauen ermutigen, sich stärker in die Parteiarbeit einzubringen. Höhepunkt im Herbst: Am 25. November wird Holger Kraher über das Thema „Zwischen Gutmenschen und Glaubenskriegern – Erleben wir einen Verlust liberaler Werte in der Rechtssetzung?“ in Erfurt referieren. Alle interessierten Frauen und Männer sind ganz herzlich eingeladen. red/kl

Atomstreit oder Problembär

Was die Nachrichten berichten

Sex and Crime – ohne Blut und Totschlag kommen die Nachrichten heute nicht mehr aus, denkt sich so mancher vorurteilsbeladen. Doch falsch getippt. Der Informationsdienst „politikscreen.de“ veröffentlichte die Ergebnisse des Infomonitors von Januar bis Juni 2006. Die Untersuchung des Instituts für empirische Medienforschung verglich die wichtigsten Nachrichtenangebote im deutschen Fernsehen. Berücksichtigt wurden dabei Tageschau, heute, RTL aktuell, Tagesthemen, SAT 1, News und heute journal.

Erstaunlich: Bezüglich Unfällen und Katastrophen wiesen alle Nachrichtenformate nur geringe Sendezeitanteile auf. Selbst RTL und SAT 1 informierten im ersten Halbjahr 2006 je Sendung durchschnittlich nur zwei Minuten. Die öffentlich-rechtlichen Formate kommen in dieser Sektion auf eine Minute. Hauptschwerpunkt bei den Nachrichtensendungen war die Politik. Der Anteil lag zwischen 49 Prozent (Tagesschau) und 23 Prozent (SAT 1, News). Einzig bei RTL aktuell nahm

die Politik nicht den größten Sendezeitanteil ein, sondern mit 19 Prozent knapp darüber der Sport, sicher eine Auswirkung der Fußball-WM. Diese bildete überhaupt das Top-Thema: 981 Berichtsminuten in allen Nachrichtensendern zählte die Studie.

Zum Vergleich: Über den Atomstreit mit Iran wurde 334 Minuten berichtet, über Landtagswahlen oder den Karikaturenstreit je um die 200 Minuten. Der Iranstreit wurde



übrigens vor allem vom heute journal beleuchtet, während sich die privaten Sender hier sehr zurückhielten. Bei SAT 1, News beispielsweise war der Sendeanteil zum Atomstreit in etwa so hoch, wie zum

Problembären Bruno. Überhaupt fällt auf, dass die Nachrichten der Privaten zwar weniger Zeit für Einzelthemen aufbringen, dafür aber eine größere Themenvielfalt aufweisen.

Übrigens, um die Eingangsfrage zu klären: Über Kriminalität berichteten ARD und ZDF gar nicht, SAT 1 und RTL durchschnittlich eine Minute je Sendung. Müller/Stöckel

Politik, Freizeit und Familie

Parteitag in Steinbach-Hallenberg

Landesparteitag in der Heimat von Biathlon-Olympiasiegerin Kati Wilhelm. Die FDP Thüringen geht für ihren diesjährigen ordentlichen Parteitag in den traditionsreichen Erholungsort am Südwesthang des Thüringer Waldes.

Am Samstag, den 7. Oktober, ab 9.30 Uhr tagen die Liberalen in der Haseltalhalle, Hergeser Wiese 5. Hauptschwerpunkt wird die turnusgemäße Wahl des Landesvorstandes sein. Zur Wahl stehen der Landesvorsitzende, der Generalsekretär und der Lan-

desschatzmeister sowie drei stellvertretende Landesvorsitzende und fünf Beisitzer. Als Ehrengast wird die Vorsitzende des Nachbarverbandes aus Bayern Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, BMin.a.D., erwartet. Neben den Delegierten begrüßen wir sehr herzlich auch deren Angehörige.

Steinbach-Hallenberg präsentiert auch im Herbst seinen Charme. Olympiadorf, Korkenzieherwerkstatt oder Burg Hallenburg laden zu einer Verbindung zwischen Politik, Familie und Freizeit ein. kdl

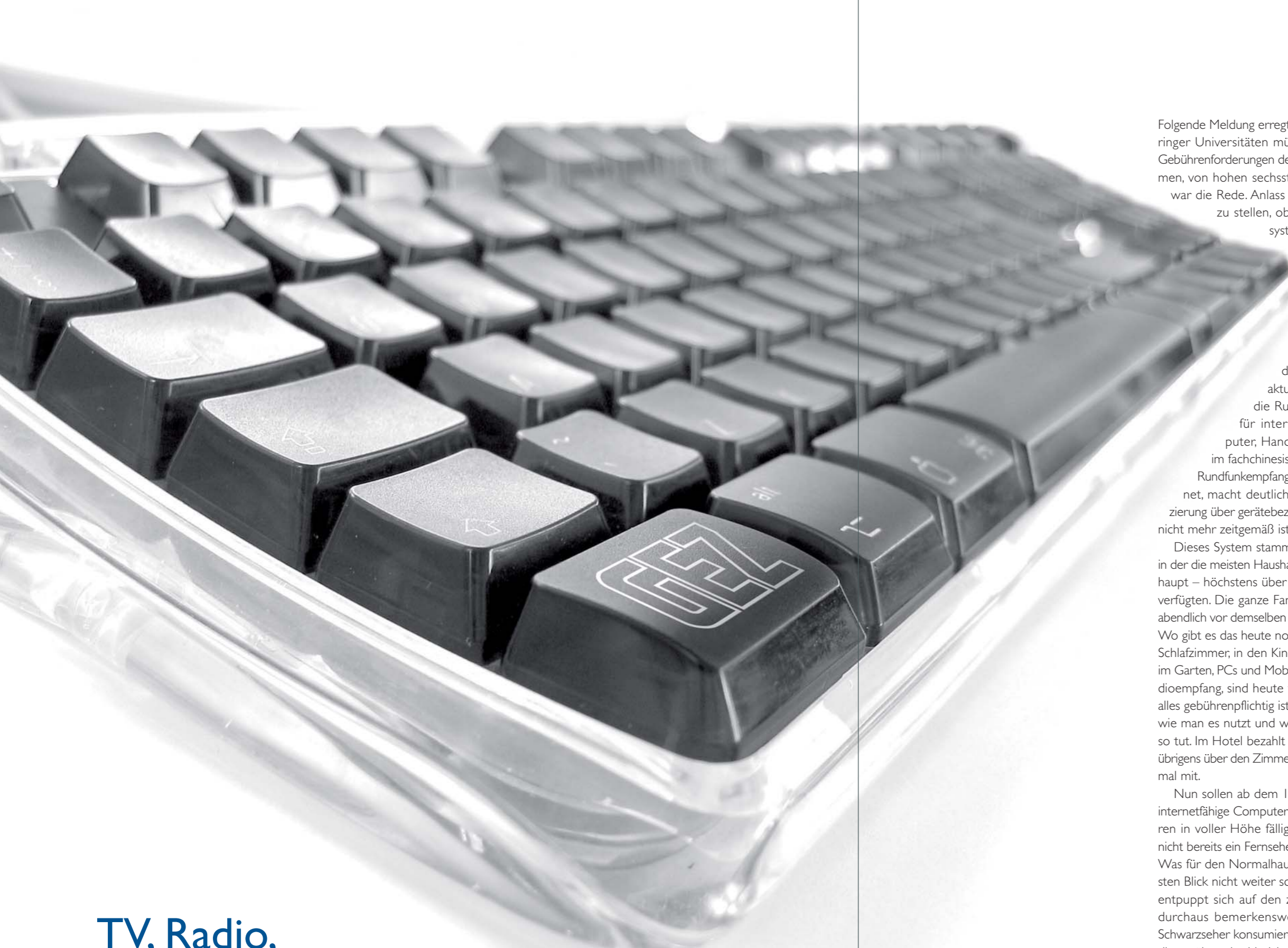
Hohe Einnahmen

Noch höhere Ausgaben

Schlechte Prognosen für das Freistaates Zukunft. Ohne grundlegenden Kurswechsel wird Thüringen in Bälde kaum mehr regierbar sein. Zu diesem Ergebnis kommt der Dresdner Volkswirtschaftler Prof. Helmut Seitz in einer Studie zur finanzpolitischen Situation in Thüringen, die er im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte.

Seitz, der FDP bereits vom Ostgipfel 2004 in Erfurt bekannt, fordert den radikalen Umbau der Gebiets- und Verwaltungsstrukturen. 14.000 Stellen könnten gestrichen werden. Denn Thüringen gebe jährlich 1,2 Milliarden Euro mehr aus als der Durchschnitt der finanzarmen West-Flächenländer: 8.000 Euro Schulden von Land und Kommunen trägt jeder Thüringer. Für Zinsen zahlt die Denkfabrik fast doppelt soviel wie für Hochschulen. Beträchtlich werden die Pensionsansprüche ab 2020 anziehen. Hinzu kommen Abwanderung, Überalterung der Bevölkerung und das Auslaufen von Solidarpakt und EU-Zuschüssen. Letzteres führt zu einem Fehlbetrag von fast zwei Milliarden. Der Thüringer CDU-Regierung wird entsprechend eine unseriöse Finanzpolitik bescheinigt. Seitz sieht zu hohe Ausgaben bei Schulen, Berufsausbildungs- und Arbeitsförderung. Damit dürften wohl auch die Tagträume sozialromantischer Schönwetter-Visionen von SPD/PDS nicht im Ansatz einer Problemlösung dienen.

Fehlende Strukturänderungen wirken sich drastisch aus. Jetzt rächt sich das Bremsen der CDU und der Widerstand von SPD/PDS bei der Kreisgebietsreform 1994. Gleiches gilt für die Ablehnung einer Sonderwirtschaftszone. Abwanderung, Arbeitslosigkeit und hohe Ausgaben belegen das Versagen aller Landtagsfraktionen. Die FDP indes kann auf Konzepte für eine Wiederbelebung Thüringens zurückgreifen. Der Kreisgebietsreformbeschluss mit Fristen und Daten liegt vor. Zudem konzentrieren sich die Liberalen auf Bürokratienentmischung, auf Wirtschaftsimpulse durch ordentliche Steuerpolitik und auf notwendige Länderkooperation bis hin zur Diskussion um Länderfusion. Fest steht, dass es angesichts der dramatischen Situation im Freistaat keine Tabuthemen gibt. Zeit wird's, dass die Liberalen in der Thüringer Landespolitik Verantwortung übernehmen und grundlegend aufräumen! pak



TV, Radio, und in Kürze der PC. Was noch alles?

Ist die GEZ überhaupt noch zeitgemäß?

Folgende Meldung erregte Aufsehen: Thüringer Universitäten müssen horrenden Gebührenforderungen der GEZ nachkommen, von hohen sechsstelligen Summen war die Rede. Anlass genug, die Frage zu stellen, ob das Gebührensystem noch zeitgemäß ist. Um die Antwort auf diese Frage gleich vorwegzunehmen: Nein, das ist es nicht. Die aktuelle Debatte um die Rundfunkgebühren für internetfähige Computer, Handys und weitere, im fachchinesisch als „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ bezeichnet, macht deutlich, dass die Finanzierung über gerätebezogene Gebühren nicht mehr zeitgemäß ist.

Dieses System stammt aus einer Zeit, in der die meisten Haushalte – wenn überhaupt – höchstens über einen Fernseher verfügten. Die ganze Familie traf sich abends vor demselben und schaute fern. Wo gibt es das heute noch? Fernseher im Schlafzimmer, in den Kinderzimmern und im Garten, PCs und Mobiltelefone mit Radioempfang, sind heute fast normal. Was alles gebührenpflichtig ist, hängt davon ab, wie man es nutzt und was man beruflich so tut. Im Hotel bezahlt man die Gebühr übrigens über den Zimmerpreis auch nochmal mit.

Nun sollen ab dem 1. Januar 2007 für internetfähige Computer Rundfunkgebühren in voller Höhe fällig werden, soweit nicht bereits ein Fernseher angemeldet ist. Was für den Normalhaushalt auf den ersten Blick nicht weiter schlimm erscheint, entpuppt sich auf den zweiten Blick als durchaus bemerkenswertes Vorhaben. Schwarzseher konsumieren weiterhin Medien, während zahlreiche Haushalte ohne Fernseher bzw. ohne Fernseher und ohne Radio, aber mit PC, dann den vollen Satz zahlen müssen. Übrigens auch dann, wenn der Computer lediglich mit einem analogen (also für den Rundfunkempfang völlig untauglichen) Internetzugang ausgestattet ist. Dies gilt für beruflich (mit)genutzte Computer auch dann, wenn bereits ein Fernseher angemeldet ist. Für viele Lehrer, Jour-

nalisten und alle, die ihren PC auch beruflich nutzen, bedeutet dies, dass ab dem 1. Januar 2007 die Rundfunkgebühr zweimal fällig ist.

Das ganze hat eine neue Qualität des Kassierens, gegen das man sich nicht wehren kann. Während man bei der Anschaffung eines Fernsehers durchaus den Willen des Käufers, fernzusehen unterstellen kann, ist dies bei der Anschaffung eines internetfähigen PC nicht so. Kein Fernseher, kein Fernsehen, keine Gebühr – ist logisch. Computer, kein Fernsehen, trotzdem Gebühr – ist unlogisch, ist Abzocke.

Mit dem derzeitigen Modell zahlt man also im schlimmsten Fall nicht nur eine Gebühr für den privaten Fernseher und die zweite für den beruflich genutzten PC, sondern eine dritte für das Radio im Dienstwagen und die vierte für den PC im Büro sowie anteilig über den Übernachtungspreis eine fünfte im Hotelzimmer für den Fernseher dort. Und dies obwohl man nur einmal Medien konsumieren kann, wer zu Hause fernsieht, kann nicht gleichzeitig im Auto Radio hören. Eine Leistung wird mehrfach gezahlt.

Mein Vorschlag lautet: Weg mit der gerätebezogenen Gebühr, weg mit der GEZ. Her mit einer personenbezogenen Abgabe. Einmal zahlen und alles nutzen können, das ist zeitgemäß, das ist unbürokratisch und beseitigt quasi nebenbei das Problem der Schwarzseher: Wie hoch wäre eine solche Abgabe?

Realistische Annahmen gehen von 54 bis 63 Millionen Zahlungspflichtigen aus, so dass sich dieser Betrag zwischen 8 und 10 Euro bewegen würde.

Das Ergebnis wäre eine gerechte Verteilung der Kosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Weder Unternehmer noch Universitäten, weder Handwerker noch Hotels müssten Gebühren bezahlen, da jeder erwachsene Bürger seine Abgabe für seinen Fernsehkonsum entrichtet hat, unabhängig davon, wo dieser Konsum stattfindet. Auch für neue Empfangsgeräte (und wer weiß, was die technische Entwicklung noch alles bringt) entstehen keine zusätzlichen Kosten, weil es auch egal ist, mit welchem Gerät der Empfang erfolgt. Und das Beste: Bei Einzug der Abgabe über das Finanzamt (das gibt es und das kennt uns alle!) könnte man die überdimensionierte Gebühreneinzugszentrale gleich mit abschaffen.

Uwe Barth



ADG heißt jetzt AGG

Sonst ändert sich nichts

Mittwoch, 7. September 2005, 11 Tage vor der Bundestagswahl: „Vor allen Dingen werden wir die Richtlinien, die wir von Europa bekommen, nur noch eins zu eins umsetzen. Als erstes wird das Antidiskriminierungsgesetz drankommen.“ Das sagte Angela Merkel in der Aussprache zur Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers.

Jetzt ist Frau Merkel Bundeskanzlerin. Und tatsächlich wurde das Antidiskriminierungsgesetz komplett geändert, nämlich in seiner Bezeichnung. Es heißt nun Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Alles andere ist inhaltlich bis auf wenige Änderungen, gleich geblieben. Sein Ziel: Keine Benachteiligung wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität. In der Praxis wird daraus ein bürokratisches Monster; ein Papierkrieg gegen Diskriminierung. Kein Arbeitgeber wird verschont. Auch wer nur einen Mitarbeiter beschäftigt, fällt unter den Geltungsbereich des Gesetzes.

Das AGG betrifft alle Gebiete des Arbeitslebens, von der Stellenausschreibung bis zur Kündigung. Gegenüber Mitarbeitern und Führungskräften besteht Informations- und Schulungspflicht.

Nach dem Gesetz müssten Stellenanbieter neue Mitarbeiter auswählen, ohne sich von Faktoren wie Alter, Geschlecht, Religion, Weltanschauung oder ethnischer Zugehörigkeit beeinflussen zu lassen. Dafür wären anonymisierte Bewerbungen oder zumindest Lebensläufe ohne Angaben zur Person nötig. Umgedreht sind Stellenausschreibung mit dem Satz „Wir suchen für unser junges dynamisches Team“ rechtlich nicht mehr auf der sicheren Seite. Wer Bewerber zwischen „20 und 40 Jahren“ sucht, verstößt bereits gegen das AGG. Um vorzubeugen, sollten Unterlagen abgelehnter Bewerber archiviert werden. Da Bewerbungsmappen zurückzusenden sind, sorgen künftig Kopien und Scans für bürokratischen Zusatzaufwand. „Das kaum überschaubare Regel-

Ausnahme-System des Gesetzes mit zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffen macht es für Unternehmer in vielen Fällen nahezu unmöglich, verlässlich zwischen zulässiger und unzulässiger Benachteiligung zu unterscheiden“, meint Gerald Grusser von der IHK Erfurt. Entsprechend sprechen Juristen bereits von einem „Beschäftigungsprogramm für Anwälte und Gerichte“. Dabei wird wahrscheinlich „erst nach Jahren der Rechtsprechung klar sein, was verboten und was erlaubt ist“, so Grusser.

Der Thüringer Mittelständler mit zehn oder zwanzig Mitarbeitern kann sich damit neben zusätzlicher Bürokratie auch auf Rechtsunsicherheit gefasst machen. Bereits wenn er die AGG-Regeln nicht ausgehängt hat, liegt ein Verstoß vor.

Übrigens: „Entwürfe wie das rotgrüne Antidiskriminierungsgesetz wären bei uns undenkbar“, sagte Angela Merkel anlässlich ihrer Nominierung zur Kanzlerkandidatin der Union am 30. Mai 2005 in Berlin. pak

Bereit für die Überholspur?

Wähler droht mit Auftrag

Die Umfragesonne scheint derzeit wohlwollend auf die Liberalen. Im Regen steht dagegen die Große Koalition. Es gibt wenig Gründe zur Annahme, dass das bis 2009 anders wird. Denn SPD und CDU haben ihren Patt im Bundestag und Bundesrat einfach in die Regierung des kleinsten Nenners verwandelt. Und das neu gewonnene außenpolitische Renommee schmilzt unter dem Eindruck der Probleme der Auslandseinsätze der Bundeswehr dahin.

Grund genug zu fragen, was denn wäre wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären. Da für das Ergebnis auf Landesebene die Stimmung im Bund entscheidend ist, könnten sich die Liberalen in Thüringen locker im nächsten Landesparlament wiederfinden. Die Frage könnte anders lauten: Sind wir auf diesen freudigen Ernstfall wirklich vorbereitet? Auch Unternehmer haben oft ein ähnliches Problem. Die Konkurrenz ist schwach, die Konjunktur zieht an, Marketing und Produktentwicklung waren kreativ und er kommt, der Millionenauftrag. Wie sieht es aus in der Produktion?

Eins muss klar sein. Der Wähler ist aufgrund jahrelanger Misswirtschaft schwarzer und roter Sozialdemokraten ein extrem ungeduldiger Kunde geworden. Und es wächst die Bereitschaft der Bürger im Land auch radikale marktwirtschaftliche Reformen voranzutreiben. Im Kreisverband Jena beispielsweise finden immer mehr frustrierte CDU-Wähler, die auf eine CDU/FDP Koalition gehofft hatten, aus Enttäuschung über Frau Merkel den Weg zu den Liberalen. Immer wieder wird bei Beitrittsgesprächen deutlich: Steuervereinfachungen sind gewünscht, fast mehr noch als eine

Steuersenkung für Unternehmen, eine Gesundheitsreform, die diesen Namen verdient, ein entschlacktes Arbeits-, Bau- und Genehmigungsrecht, und so weiter. Versprochen – gebrochen: Zustände wie in einer Bananenrepublik. Die FDP hat durch ihre Bereitschaft konsequent in die Opposition zu gehen, da sie für ihre Ziele im Bund keine Mehrheit fand, in Kreisen von Unternehmern, aber auch allen anderen Leistungsträgern im Land, viel Ansehen gewonnen.

Auf Bundesebene ergeben sich bei einer Fraktionsstärke von über sechzig Abgeordneten kaum Probleme, in der nächsten

innerhalb der Partei scharren ungeduldig mit den Hufen, weil ihrer Ansicht nach nicht genug geschieht. Aber die Kapazitäten sind nun mal begrenzt. Fast alle, die sich für die FDP in Thüringen engagieren, sind im Hauptberuf anderweitig tätig. Was bleibt, ist die kommunale Schiene, wo sorgfältig nach Talenten für die Landespolitik sondiert werden sollte. Wichtig sind auch die anderen Vorfeldorganisationen: Hier ist es mit der Gründung des liberalen Mittelstandsverbandes Mittelthüringen gelungen, neue Interessenten an uns zu binden. Auch die Liberalen Frauen haben Zulauf. Sehr aktiv sind wie immer die Julis.

Was Not tut, ist konsequente Opposition auf Landesebene. Das sollte in Thüringen nicht schwer fallen. Da immer mehr qualifizierte Menschen Opfer der schlechten Standortpolitik der Thüringer Landesregierung werden, wächst das Unzufriedenheitspotential auch derer, die sich artikulieren können. Junge Familien werden finanziell geängelt, das Blindengeld wird gestrichen, Konzepte gegen die Abwanderung aus den ländlichen Regionen fehlen, besonders krank es hier an medizinischer Versorgung. Auch die Leuchttürme strahlen nicht so hell: Die Jenaer FSU ist nicht gerade häufig in den Top Ten – was Forschung und Lehre angeht, und die Uniklinik schiebt seit Jahren Defizite vor sich her. Der Tourismus produziert trotz gewaltiger Potentiale nur bescheidene Zuwachsraten.

Kurzum, in jedem Thüringer Leistungsträger, der nicht in das Parteibuchnetzwerk der CDU eingebunden ist, schlummert ein potentieller FDP-Mitkämpfer. Lasst uns diese Potentiale heben. hjh



Legislatur Regierungsverantwortung zu übernehmen. Hier haben genügend Talente Zeit zum Üben.

Aber im Land müssen wir hier genauer hinsehen. Das Brot der außerparlamentarischen Opposition ist ein hartes. Manche

Ideen in Farbe und Form



GEBR. FRANK KG
Graphischer Betrieb



Drucksachen
Verpackungen
Mailing-Produktion

Ludwig-Jahn-Str. 2
07545 Gera
Tel.: (0365) 43 46-0
Fax: (0365) 43 46-299
www.gebr-frank.de

MOORE

GmbH

An der Flurscheide 20
99098 Erfurt

Tel.: +49 (0)361 654 33 - 0
Fax.: +49 (0)361 654 33 - 20
E-Mail: info@moore-gmbh.de

Tiefbauerzeugnisse in Thüringen
produziert:

- HDPE Kabelschutzrohre
- PE 80/ PE 100 Rohre für Wasser, Abwasser und Gas
- diverses Zubehör

Mittelstand geht in Offensive

Mittelthüringer Wirtschaft wirbt für Freiheit

Aus dem ordnungspolitischen Wirrwarr auf Bundesebene und dem weitgehenden Stillstand im Land ziehen Mittelständler Konsequenzen. In Weimar wurde der Liberale Mittelstandsverband Mittelthüringen gegründet. Die Unternehmer und Mittelständler wollen offensiv für die Interessen der gesellschaftstragenden Wirtschaft eintreten. Zum Vorsitzenden wurde Thomas Kemmerich, Vorstandsvorsitzender der Friseur Masson AG, gewählt. Stellvertreter sind Matthias Anschütz, Öko-Pool Verpackungsmittel GmbH in Schönau v.d. Walde, und der Architekt Norbert Staniszewski aus Weimar.

Der Vorstand besteht insgesamt aus neun Mitgliedern. „Der Verband steht zwar der FDP nahe, ist aber eigenständig“, betonte Kemmerich. Die Vereinigung richtet sich an diejenigen, die realitätsferner Politik eine Absage erteilen und als Netzwerk liberale Politik stärken wollen. Der FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth, MdB, betonte, dass sich der neue Mittelstandsverband aus eigener Kraft organisiert. Zahlreiche Unternehmer seien mit den politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene nicht mehr einverstanden. „Das FDP-Programm bietet ihnen die Alternative“, so Barth. red

Sportliche Liberale zu Wasser

Sömmerdaer Rafting mit FDP-Beteiligung

Als einzige Partei war auch in diesem Jahr die FDP wieder an Bord, berichtete die Regionalzeitung. Zum Sömmerdaer Rafting, ein Volksfest, das über die Region hinausreicht, gingen über 300 Boote an den Start. Auch in diesem Jahr waren die Freidemokraten vom Kreis- und vom Landesverband beteiligt. Ein Boot mit wahrer Spitzenleistung.

Die Besatzung des Kreisverbandes unter Kapitän und FDP-Kreischef Heinz Untermann gelang immerhin der Sprung in die Top Ten. Mit dem zehnten Platz von 201 Mannschaften in der „Mix-Klasse“ lag der Kreisverband nur 26 Sekunden hinter dem Spitzenreiter. Das zweite Boot des Landesverbandes schaffte es immerhin unter die ersten Hundert –

nämlich Platz 98 – und stand damit in der „besseren Hälfte“ der Wertung. Abgeschlagen auf Platz 172 – und dennoch nicht im letzten Viertel – erreichte die Crew des ersten Landesverbandsbootes das Ziel. Grund für die lange Seereise: Von drei im Wasser liegenden Felsen lief die Besatzung auf immerhin zwei auf. Nur mit Mühe, aber viel Spaß gelang es, von den Felsen fortzukommen.

Bereits die nächste Rafting-Tour in Sömmerda steht fest. Traditionell am ersten Wochenende im September wird die See- und Späßtauglichkeit getestet. Auch im nächsten Jahr will die FDP wieder mit mehreren Booten antreten – und dann hoffentlich alle Felsen umschiffen. red



Mit voller Kraft voraus: Das Boot des Landesverbandes.

Liberale Persönlichkeit

Erich Mende zum 90. Geburtstag

Fraktionsführer, Bundesvorsitzender, Bundesminister und Vize-Kanzler – eine erfolgreiche politische Karriere. Am 28. Oktober 2006 wäre Erich Mende 90 Jahre alt geworden. Als sein vielleicht größter Erfolg erwies sich das Ergebnis bei den Bundestagswahlen im Jahre 1961: Bisher einmalig in ihrer Geschichte holte die FDP unter dem Vorsitz Mendes 12,8 Prozent. Vier Jahre zuvor sah die Entwicklung ganz anders aus. 1956/57 waren vier FDP-Bundesminister des Rechten Flügels zurückgetreten, anschließend musste die FDP herbe Stimmverluste bei der Bundestagswahl hinnehmen. Daraufhin änderte Mende die Parteistrategie. Die FDP stellte sich von nun an als bürgerliches Korrektiv zu CDU/CSU auf und nutzte erfolgreich den Verfall der Autorität Adenauers Ende der fünfziger Jahre. Die FDP warb offensiv um die für die parlamentarische Stärke wichtige Zweitstimme und wurde mit fast 13 Prozent gebührend für ihre Bemühungen belohnt. Bis heute bewährt sich der Slogan „Zweitstimme: FDP“.

Erich Mende wurde am 28. Oktober 1916 in Groß-Strehlitz geboren. Nach dem Abitur 1936 und anschließendem Bereit-



Erich Mende
*28.10.1838 in Groß-Strehlitz
†06.05.1998 in Bonn

schaftsdienst war der Sohn eines Stadtverordneten der Zentrumspartei Berufssoldat zwischen 1938 und 1945. Nach seiner Entlassung aus der Britischen Gefangenschaft nahm er das Studium der Rechtswissenschaften zum Dr. jur. abschloss. Im selben Jahr war Mende Gründungsmitglied der FDP und vertrat diese 1948–1950 als Mitglied des Stadtrates in Opladen. Nach kurzzeitiger Tätigkeit als Dozent für Politische Wissenschaften an der Universität Bonn wechselte Mende in die Bundespolitik. Dort saß er von

1949 bis 1980 als Mitglied im Deutschen Bundestag. Damit zählte Mende zum kleinen Kreis von 10 Abgeordneten, welche die ersten 25 Jahre seit der Bundestagswahl 1949 ununterbrochen dem Deutschen Bundestag angehörten. Von 1953 an war er Stellvertreter und von 1957 bis 1963 Vorsitzender der FDP-Bundesfraktion. 1963 wurde er zum Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und zum Stellvertreter Bundeskanzler Erhards ernannt. Nach dem Bruch der Koalition 1966 trat er von diesen Ämtern zurück.

Zeit seines Lebens setzte sich Mende mit voller Kraft für seine jeweilige Aufgabe ein: Ob dies als Soldat während des Zweiten Weltkrieges oder anschließend als Politiker im Bundestag war. Nicht umsonst wurde seine Person vielfältig geehrt: Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, Großkreuz des Bundesverdienstordens sowie dem offiziellen Staatsakt, neun Tage nach seinem Tod am 15. Mai 1998 vom Deutschen Bundestag.

Aber Mende stand auch auf anderer Ebene für eine konsequente Linie. Hatte die Oppositionspartei FDP vor der Bundestagswahl 1961 noch behauptet, sie werde auf keinen Fall Konrad Adenauer zum Kanzler mitwählen, so ging sie nach der Wahl doch eine Koalition mit der CDU ein, obwohl diese auf Adenauer bestand. Nur Mende widerstand der Macht, hielt zu seinem Versprechen, nicht in ein von Adenauer geleitetes Kabinett einzutreten und blieb Fraktionsvorsitzender. Auch zu späterer Zeit seines politischen Lebens blieb Mende sich selbst treu. Als Gegner der Ostverträge, die von der FDP unter dem neuen Vorsitzenden Walter Scheel maßgeblich herbeigeführt wurden, trat Mende am 9. Oktober 1970 zusammen mit zwei weiteren FDP-Abgeordneten zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion über. Wieder einmal konsequent wechselte er anschließend auch das Parteibuch und wurde CDU Mitglied.

Trotz dieser nicht erfreulichen Trennung, gerieten die Verdienste Mendes nicht in Vergessenheit. So würdigt auch die THÜRINGEN LIBERAL diesen großen Parteivorsitzenden der FDP und gedenkt Erich Mende zu seinem 90. Geburtstag. kdl/Störmer

Argumente von Baader, Blankertz, Bouillon, Doering, Habermann, Hoppe, Weede und vielen mehr jeden Monat in:

eigentümlich frei
INDIVIDUALISTISCH KAPITALISTISCH LIBERTÄR



Nichts für die Masse!



Capitalista

Bücher von Erhard, Friedman, Popper, Rand, Rothbard Hayek, Mises, und vielen anderen mehr!

September 2006 - 9. Jg. - Nr. 05 - EUR 6,80 - ISSN 1617-5336 - www.efmagazin.de

eigentümlich frei
INDIVIDUALISTISCH KAPITALISTISCH LIBERTÄR

Iran: Die Moral von der Politik
Expedition ins Land der Arier

Bärbel Höhn im Nachtclub
Die Wiederkehr des Totalitären

Nationales Balla Balla
Kurtzer Einwurf zu Schwarz-Rot-Gelb

Mord und Müßiggang
Puffballa, prüft es aus dem Sommerloch

Reaktionär oder Anarch?
Gomez Dávila und Kochmeil-Ledhins

„Ein Politiker ist ein Egoist wie jeder. Er tut aber so, als sei er ein Heiliger!“

Libertäre Zeitschrift:
www.ef-magazin.de

Liberaler Literaturladen:
www.capitalista.de

Geldregen

Wer Parteien (groß)spendet

Parteien finanzieren sich zu einem Teil aus Spenden. Ab 10.000 Euro Einzelspenden besteht Pflicht zur Veröffentlichung des Spenders. Parteispenden von über 50.000 Euro müssen sofort vor Eingang bei den Empfängern beim Bundestagspräsidenten angezeigt und anschließend veröffentlicht werden. Ein Blick in diese Veröffentlichungen seit der letzten Bundestagswahl ist durchaus interessant.

Knapp 3,8 Millionen Euro erhielten seit Oktober 2005 die Parteien an veröffentlichungspflichtigen Einzelspenden. Davon ging aber nur ein knappes Drittel an Bundestagsparteien. Denn – Achtung! – die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands erhielt von einem gewissen Michael May aus Moers 2.379.167 Millionen Euro in Wertpapieren und vor allem Überweisung. Herr May hatte Medienberichten zufolge das Erbe seiner verbliebenen Mutter den Kommunisten zukommen lassen.

Unabhängig davon ist auch ein Blick in die Parteispenden an Bundestagsparteien spannend. Seit der Bundestagswahl erhielten nur die Regierungsparteien CDU/CSU/SPD



Großspenden über 50.000 Euro. So ließ am 21. Juli 2006 der Energieriese E.ON der CDU 100.000 Euro, der SPD gar 150.000 Euro zukommen. In Zeiten steigenden Frustes über Energiepreise und Politik gleichermaßen ist Zusammenhalt gefragt, scheint's. Am gleichen Tag ging bei der CDU eine Einzelspende der Deutschen Bank über 100.000 Euro ein. Deren Vorstandsvorsitzender Josef Ackermann hatte übrigens just an diesem Tag den Erwerb der Berliner Bank bekannt gegeben.

Ebenfalls größere Spenden erhielten SPD und CDU von der RAG Aktiengesellschaft. Das Unternehmen (ehemals Ruhrkohle AG), in Energie, Bergbau, Chemie und Immobilien tätig, überwies Mitte Februar der

CDU 70.000, der SPD 100.000 Euro. Die größte Einzelspende ging an die CSU. Der Verband der Bayrischen Metall- und Elektroindustrie überwies am 13. Juni 2006 330.000 Euro. Für die Opposition sind keine Großspenden verzeichnet, abgesehen von sogenannten Fahrzeugüberlassungen durch BMW für das gesamte Jahr 2005.

Gelistet sind allerdings in der Unterrichtung des Bundestagspräsidenten nur Parteispenden über 50.000 Euro. Spenden über 10.000 Euro werden in den Rechenschaftsberichten veröffentlicht. Diese erscheinen etwa eineinhalb Jahre nach Ende des betreffenden Jahres. So werden Spenden aus 2005 erst im Sommer 2007 bekannt. pak

Jüngste Eintritte

Wir begrüßen bei der FDP Thüringen: Herrn Berthold Hausteil, Herrn Felix Rösel, Herrn Christian Wewezow, Frau Petra Schröder, Frau Bettina Eck, Frau Carmen Riedel und Herrn Thomas Rother. Herzlich Willkommen bei den Thüringer Liberalen!

Geburtstage

Wir gratulieren Heike Bahn-Schultz, Ingo Stöckel, Marcel Hardrath, Nikolai Bolte, Andreas Klaschka und Michael Spörer. Besonders herzliche Glückwünsche senden wir auch an die zahlreichen Geburtstagskinder, die hier nicht namentlich aufgeführt wurden.

Runde Jubiläen

Zu ihrem 50. gratulieren wir Hartwig Renk, Wolfgang Kirchner, Martin Peter, Herbert Peter und Armin Mittmann, zum 60. Rainer Grübel, Dr. Reinhard Bartsch, Siegfried Punga, Joachim Walper und Christa Wohlleben, sowie zu seinem 80. Eberhard Heinze.

Gezielt werben.

Ihre Werbung in der Thüringen Liberal landet nicht im Papierkorb, denn hier findet Sie hervorragenden Zugriff zu einem ausgezeichneten Leserkreis. Schalten Sie eine Anzeige und stärken Sie dadurch zugleich den Liberalismus in Thüringen.

Pressestelle der FDP Thüringen | Telefon +49 361 3455929 | Mail: kurth@fdp.de



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

WEGWERFEN? VERBRENNEN? ODER LIEBER NOCH MAL BENUTZEN?

Revision des europäischen Abfallrechts

Derzeit berät das Europäische Parlament die Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie. Was auf den ersten Blick wie ein unspektakuläres – und unappetitliches – Nischenthema anmutet, erscheint auf den zweiten Blick als interessante Wende für Abfallwirtschaft und Verbraucher gleichermaßen: „Müll loswerden“ war früher mal, in den Achtzigern war „Müll trennen“, in den Neunzigern hieß es „Vermeiden“ und im neuen Jahrtausend muss es nun zudem heißen: Müll ist Rohstoff!

Diese Erkenntnis spiegelt das neue Abfallrecht aber noch nicht wider. Holger Krahmer erklärt: „Abfall ist gebrauchter Rohstoff, der sinnvoll stofflich oder energetisch von Nutzen ist. Beide Möglichkeiten sollen in Zukunft gleichberechtigt ausgeschöpft werden können, als Energiequelle zur Verbrennung oder als Rohstoff zur Verwertung.“

„In Deutschland verschleiert die Abfallwirtschaft, die hierzulande weitestgehend nicht privatwirtschaftlich betrieben wird, welchen materiellen Gewinn Abfall heute darstellen kann“, bemängelt Krahmer. „Die Kommunen sind keine guten Betriebswir-

te, das weiß doch jeder. Das Ausmaß der finanziellen Entlastung für jeden Privathaushalt und ebenso für Gewerbebetriebe wird erst klar, wenn die Gemeinden sich endlich von ihren Entsorgungsrechten trennen und an private Entsorger abgeben.“ Grund zum Ärgernis für den FDP-Abgeordneten: Die bisherige Bereithaltungshoheit für die Kommunen besteht bislang bereits für die Müllbeseitigung, jede Kommune hat sozusagen das Recht auf seine eigene unabhängige Deponie. Im Zuge der Revision werden Kräfte aktiv, die dieses Recht der Kommunen auch für die sonstige Verwertung einfordern. „Die in Deutschland überall marktbeherrschenden kommunalen Betriebe würden damit weiter gestärkt und europaweit unter Artenschutz gestellt. Diese falsche Weichenstellung müssen die Liberalen dringend verhindern“, gibt Krahmer zu bedenken.

Ziel der Neufassung ist es, die EU zu einer Recycling-Gesellschaft zu entwickeln, die Abfälle vermeidet und sie als Ressource nutzt. Zudem sollen die Rechtsvorschriften zusammengefasst, angepasst und präziser formuliert werden.

Die zuständige Berichterstatterin Caroline Jackson (EVP, GB) allerdings schlägt Ehrgeiziges vor: Sie will eine Abfallhierarchie fest-schreiben, Vermeidung – Wiederverwertung – Recycling – Verbrennung – Beseitigung. Der Liberale Holger Krahmer will diese Festlegung aber so flexibel wie möglich gestalten, schlägt deshalb die Verkürzung auf drei Stufen vor, also Vermeidung – Verwertung – Beseitigung, und erklärt seine Absicht: „Das schafft den notwendigen rechtlichen Freiraum, nach wirtschaftlich sinnvollen und umweltgerechten Lösungen zu suchen. Wenn eine Verbrennung einschließlich Energiegewinnung sauber und lohnend ist, dann darf kein EU-Recht uns zwingen, diesen bestimmten Abfall stattdessen wieder zu verwenden oder zu recyceln.“

Die überarbeitete Abfallrahmenrichtlinie wird wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2007 beschlossen, während der deutschen Ratspräsidentschaft. Kein gutes Omen.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . FAX +32 2 28-49344
HKRAHMER@EUROPARL.EU.INT . WWW.HOLGER-KRAHMER.DE



Die Bärenienstleister

Was aus den großen Vorhaben wurde

Bald jährt sich die übergroße Koalition der Halbherzigen. Hat sich Deutschland einen Dienst erwiesen, als es die Wahlverlierer koalieren ließ? Der Koalitionsvertrag sah vor: Belebung der Investitionstätigkeit, Unternehmenssteuerreform, Senkung der Lohnzusatzkosten, Gesundheitsreform, Reform des Arbeitsrechts. Und was wurde tatsächlich daraus?

Die Unternehmenssteuerreform sollte entlasten und europäisch konkurrenzfähig machen. Was kommt aber? Unternehmer zahlen auf Zinsaufwand, auf Mietkosten, auf Leasingraten künftig auch noch Steuern. Man stelle sich einmal vor, Otto-Normalver-

steuer: Ein alter Hut! Eine Steuer, die vordem abgeschafft wurde, weil sie beschäftigungsfeindlich war. Insbesondere bei gut bezahlten Mitarbeitern wird es kräftig teurer. Von Wettbewerb weiterhin keine Spur. Und die Beiträge steigen ohne Ausweg für die Versicherten. Ein Bärenendienst!

Bisher hatten Arbeitgeber die Möglichkeit, zeitlich begrenzte Auftragsspitzen durch befristete Neueinstellungen abzufangen. Das war gut so, weil der deutsche Kündigungsschutz in Hinblick auf die Bindungswirkung selbst die Ehe übertrifft. Die Befristung war zum Vorteil für den Arbeitnehmer, konnte er sich doch für dauerhafte Weiterbeschäfti-

lung Älterer honorieren. Seit kurzem ist das anders. Wer nach Familienverhältnissen fragt, wer sich für die Herkunft interessiert oder wer gezielt ältere Arbeitnehmer fördert, muss sich auf Schadenersatzklagen vermeintlich Diskriminierter einstellen. Man muss nun Bewerbungsunterlagen archivieren und Zeugen zum Bewerbungsgespräch hinzuziehen. Es wäre besser, gemeinsam mit Bewerbern offen nach Lösungen FÜR die Beschäftigung zu suchen, als sich politisch korrekt um den heißen Brei herumredend gegen mögliche Klagen abzusichern. In meinem Unternehmen sind individuelle Arbeitszeiten für Eltern, Ausbildungsplätze für Zuwanderer und Erfahrungen Älterer eine Selbstverständlichkeit. Wie aber kann ich Chancen geben, wenn ich nicht fragen darf. Ein Bärenendienst!

Im Kern liegt es wohl am negativen Menschenbild der großen Koalition. Man versucht, die Menschen vor Freiheit zu schützen. Union und Sozialdemokratie machen Politik für unmündige Deppen, denen man nicht zutraut, selbst zu entscheiden. Sie unterstellen Willkür, weil ihr eigenes Handeln willkürlich ist. Es ist an der Zeit, mehr Freiheit zu wagen. Aber Lippenbekenntnisse reichen nicht aus, liebe Frau Bundeskanzlerin! *Lutz Recknagel*



Gratulation von Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder (SPD) an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU)

braucher müsste auf die Raten für das neue Auto und auf die Wohnungsmiete zusätzlich noch Lohnsteuer zahlen. Welch ein Schwachsinn! Erst verhindert unser Höchststeuersystem die Bildung von Eigenkapital, dann bestraft es diejenigen, die wenig Eigenkapital bilden konnten. Und die sitzen zudem mehrheitlich in den neuen Bundesländern. Dass Kreditfinanzierungen schwer zu bekommen sind, weiß jeder Unternehmer. Künftig braucht er sich darüber keine Sorgen mehr zu machen, denn er kann sich 30 % Steuern auf Zinskosten schlicht nicht mehr leisten. Steuererhöhung statt Senkung, ein Bärenendienst!

Aus der Senkung der Lohnzusatzkosten ist zwischenzeitlich eine Erhöhung geworden. Bei der Krankenversicherung konzentriert man sich darauf, dass die Beiträge künftig zentral eingesammelt werden. So zahlen Arbeitgeber künftig wieder Lohnsummen-

empfehlen. Lief ein solcher Vertrag aber planmäßig aus, so hatte man keinen Makel im Lebenslauf. Der nächste Personalchef durfte vermuten, dass die Auftragslage eben schlecht war. Anders plante es die Koalition: Nun sollte der Kündigungsschutz nach verlängerter Wartezeit von zwei Jahren gelten. Die (planmäßige) Beendigung bedeutet aber arbeitgeberseitige Kündigung. Macht sich sehr apart im Lebenslauf! Nun darf der nächste Personalchef mutmaßen, welchen Floh er sich in den Pelz setzt. Ein Bärenendienst!

Gegen solcherlei Benachteiligung richtet sich das Allgemeine Gleichstellungsgesetz. Welch ein Werk! Bisher konnte man sich als Arbeitgeber auf die familiäre Situation dringend benötigter Fachkräfte einstellen und passende Angebote für Alleinerziehende machen, man konnte muttersprachliche Kenntnisse ausländischer Bewerber für den Export nutzen und wertvolle Lebenserfah-

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen, Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (hjh)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kdl)

Layout & Satz ▶ RAUM II
Jahn & Ekelmann GbR
Münzgasse 7, D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.